

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 12.12.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Angela Drewes WSI

Mitglieder

Renate Koschorrek FDP

Michael C. Kissig CDU

Christian Fuchs CDU

Kay Burmester CDU

Vertretung für: Michael Schernikau

Herbert Thomascheski CDU

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Jugendbeirat

Hauke-Elias Zucht Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg Seniorenbeirat

Verwaltung

Dennis Renk

Eike Binge

Gernot Kaser Bürgermeister

Niklas Viehmann Protokollführung

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Volkmar Scholz

Gisela Sinz

Ralf Waßmann

Abwesend

Mitglieder

Michael Schernikau CDU

entschuldigt

Umweltbeirat

Jens Brüggemann

Umweltbeirat

entschudligt

Gäste:

Frau Fricke

STW Wedel

Herr Rose

Prova Beratungsgesellschaft

1 Vertreter der örtlichen Presse

Das Ratsmitglied, Herr Sue, nimmt an der Sitzung ohne Stimmrecht teil.

Die Vorsitzende, Frau Drewes, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegt eine Erweiterung der Tagesordnung vor. Der Punkt 8 wurde nachträglich zur Tagesordnung angemeldet. Es liegt eine Dringlichkeit vor, da der Beschluss zu dem Thema in diesem Jahr noch durch den Rat gefasst werden sollte. Der HFA ist lediglich das vorbereitende Gremium.

Es gibt keine Bedenken gegen die Erweiterung der Tagesordnung.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung sowie den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2022 | |
| 4 | 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 29.09.2020 | BV/2022/104 |
| 5 | Personalbindung und -gewinnung | MV/2022/113 |
| 6 | Haushalt 2023 | |
| 6.1 | Stellenplan 2023 | BV/2022/108 |
| 6.2 | Haushaltssatzung 2023 | BV/2022/083 |
| 7 | Haushaltskonsolidierung / Erweiterung des Fahrplans inkl. Zeitschiene | BV/2022/114 |
| 8 | Gehaltsangleichung für die Beschäftigten der Kombibad Wedel GmbH an den TVöD. | BV/2022/117 |

- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2023 MV/2022/106
- 9.2 Anfrage der SPD-Fraktion zum alten Werkhafen im BusinessPark Elbufer MV/2022/109
- 9.3 Bericht der Verwaltung
- 9.4 Öffentliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2022
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 vertrauliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.11.2022 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema Stadtparkasse Wedel MV/2022/115
- 11.2 Bericht der Verwaltung
- 11.3 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 12 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

**3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung
vom 14.11.2022**

Es gibt keine Einwände zu dem Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokoll der Sitzung vom 14.11.2022 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

4 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 29.09.2020

BV/2022/104

Es gibt keinen Redebedarf zu dieser Vorlage.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 29.09.2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Personalbindung und -gewinnung

MV/2022/113

Der Punkt wird von der Verwaltung zurückgezogen.



Frau Drewes äußert ihren Unmut darüber, dass bereits seit zwei Sitzungen Ausführungen der Verwaltung zu diesem Thema angekündigt werden, aber die Verwaltung wieder nichts vorweisen kann.

Herr Kaser erläutert, dass die Verwaltung intern sehr intensiv an dem Thema arbeite, die Ergebnisse aber noch nicht reif für eine Präsentation im Ausschuss seien.

6 Haushalt 2023

6.1 Stellenplan 2023

BV/2022/108

Es wird kritisiert, dass die Verwaltung erst sehr kurzfristig unterschiedliche Listen bereitgestellt habe.

Die SPD erläutert, dass sie dem Stellenplan vorläufig zustimmen werde. Die abschließende Entscheidung könne allerdings erst nach der Fraktionsberatung am kommenden Montag getätigt werden.

Die Fraktionen der CDU, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und der WSI werden sich bei der heutigen Abstimmung enthalten. Es konnte noch keine abschließende, fraktionsinterne Beratung stattfinden.

Herr Dr. Murphy weist auf einige Punkte aus der Prioritätenliste hin. Dort sei von ausfallender Betreuung, hohem Krankenstand sowie Arbeit an der Belastungsgrenze die Rede. DIE LINKE werde um einer Verschlechterung der ohnehin angespannten Lage entgegenzuwirken dem Stellenplan zustimmen.

Nachfolgend werden weitere Nachfragen zu den verteilten Unterlagen gestellt und Kritik an diesen geübt. Es wird darum gebeten, bis zu den ratsvorbereiteten Fraktionssitzungen am kommenden Montag vollständige Unterlagen vorzulegen.

Die Vorsitzende des Personalrates Frau Binge weist darauf hin, dass hinter dem Stellenplan letztlich auch die Umsetzung von freiwilligen Leistungen stecke. Es herrsche ein hoher Krankenstand sowie Überlastung vor. Jede Stelle, die nicht beschlossen wird, führe zu einer weiteren Mehrbelastung der bestehenden Belegschaft. Sie berichtet von einem Beispiel, bei dem in der vergangenen Woche zwei Betreuerinnen insgesamt 60 Kinder betreut haben. Frau Binge bittet daher, im Sinne der Kolleginnen und Kollegen zu entscheiden.

Herr Murphy weist darauf hin, dass viele der beantragten Stellen Auswirkungen auf Menschen in existenziellen Notlagen haben, wie beispielsweise die Stellen für Wohngeld und Schulkinderbetreuung Menschen in existenziellen Lebenslagen unterstützt werden.

Im Anschluss an die Diskussion lässt die Vorsitzende, Frau Drewes, über den Stellenplan in der heute vorliegenden Fassung inklusive der Änderungslisten abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Wedel,

den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja (3x SPD, 1x DIE LINKE)

10 Enthaltungen

6.2 Haushaltssatzung 2023

BV/2022/083

Herr Kissig kritisiert, dass die vorgelegten Listen teilweise widersprüchlich seien, es keine zusätzlichen Informationen gegeben habe und die zugesagten Erläuterungen zur Steinberghalle nicht vorgelegt wurden. Außerdem wurde keine Erläuterung vorgenommen, wie die gestiegene Investitionssumme gedeckt werden solle. Die Zahlen sollten für die Politik möglichst so präsentiert werden, dass die Politik diese ohne weitere Nachfragen verstehen könne.

Für Herrn Schnieber stellt es sich so dar, dass von vornherein ein Nachtragshaushalt eingeplant werde, um die Kreditsumme niedriger zu halten. Dies widerspreche den Haushaltsgrundsätzen der Haushaltswahrheit und -klarheit.

Frau Sinz erläutert, dass für die Teilnahme an einem Förderprogramm für die Steinberghalle bereits die Mittel eingeplant werden müssen. Damit der Hallenbetrieb aufrechterhalten bleiben kann, müssen die vorgesehenen Maßnahmen gesplittet werden. Eine Reihenfolge stehe noch nicht fest. Ein Nachtragshaushalt werde erforderlich, wenn alle Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Auch personell sei es schwierig, so viele Großprojekte gleichzeitig umzusetzen.

Herr Schnieber fragt nach, warum dann, in Bezug auf die Personalproblematik, in diesen Haushalt 350.000 € für das Elbestadion eingeplant werden. In dem dazu gefassten Beschluss ginge es ursprünglich nur um die Planungskosten.

Herr Scholz erläutert, dass die Umsetzungsquote der Investitionen ein Problem ist. Daher sollten nur die Zahlen in den Haushalt eingeplant werden, die auch kassenwirksam werden. Die Gesamtsummen der Investitionen verteilen sich daher teilweise auf mehrere Jahre und sind damit in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Die Umsetzungsquote betrage in diesem Jahr 42 %.

Herr Kissig sieht es ebenfalls als schwierig an, wenn von vornherein mit einem Nachtrag geplant werde, um die Genehmigung für den Haushalt zu bekommen. Er wünsche sich mehr Spalten und Informationen im Haushalt und in den Nachtragslisten.

Herr Scholz verweist auf die letzte Seite der Nachtragsliste, die die bekannten Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung enthält.

Herr Fölske weist darauf hin, dass es darum gehe, möglichst schnell die Dinge voranzutreiben. Wedel solle handlungsfähig bleiben.

Frau Drewes habe den Anspruch, einen Haushalt zu erstellen, der offen und ehrlich sei. Die Genehmigungspflicht durch das Innenministerium sei bereits durch die schlechten Ergebnisse erforderlich. Um eine realistische Planung abgegeben zu können, müsse von der Verwaltung daher auch korrekt benannt werden, welche Investitionsmaßnahmen personell überhaupt bewältigt werden können.

Herr Amelung weist darauf hin, dass das Innenministerium die zu genehmigenden Haushalte nach deren Eingang bearbeite.

Anschließend lässt Frau Drewes über den Haushalt in der vorliegenden Fassung inklusive der Nachtragslisten abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat,
die Haushaltssatzung 2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja (DIE LINKE)

12 Enthaltungen

**7 Haushaltskonsolidierung / Erweiterung des Fahrplans inkl.
 Zeitschiene**

BV/2022/114

Es gibt keinen Redebedarf zu diesem TOP.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

1. die auf Basis des Haushaltsbegleitbeschlusses vom 19.12.2019 vereinbarte Vorgehensweise für die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird dahingehend erweitert, dass mit Hilfe des Instituts für Public Managements ein Gesamtkonzept für Wedel erarbeitet wird. Der Auftrag an das Institut für Public Management beinhaltet nicht nur die reine Haushaltskonsolidierung, sondern im Gesamtkonzept sollen auch Vorschläge für eine Überarbeitung der strategischen Steuerung sowie ein Investitionscontrolling gemacht werden.
2. Der bisher vorgesehene Zeitplan für die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird vom 23.12.2022 aufgrund der zusätzlichen Arbeitsschritte bis Ende März 2023 erweitert, sodass der Rat im April 2023 über die Vorschläge beraten kann.
3. Der vom Rat eingesetzte Lenkungsausschuss wird die Erstellung des Konzeptes eng begleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE)

**8 Gehaltsangleichung für die Beschäftigten der Kombibad Wedel
 GmbH
 an den TVöD.**

BV/2022/117

Es gibt keinen Redebedarf zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter den als Anlage beigefügten Tarifvertrag für die Beschäftigten der Kombibad Wedel GmbH zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen



9.1 Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2023

MV/2022/106

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Fölske erkundigt sich bei Herrn Jagemann, ob die Stabsstelle Prüfdienste bereit wäre, in den Bereich Bildung-, Kultur-, und Sport Einblick zu nehmen und dort die Struktur auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen. Herr Jagemann erläutert, dass lediglich in die Vergabeverfahren Einblick genommen werde. Für eine weitere Prüfung stehe kein Personal zur Verfügung. Dies könne lediglich über eine Sonderprüfung eingeplant oder bei den Jahresabschlussprüfungen über eine entsprechende Schwerpunktsetzung vorgenommen werden.

9.2 Anfrage der SPD-Fraktion zum alten Werkhafen im Business-Park Elbufer

MV/2022/109

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Rüdiger verliert weitere Anfragen zu diesem Thema.

„Ich hatte eine Anfrage zum Rückbau des Hafengeländes (ehern. Schnalles Hafen) gestellt. Die ist nun von der Verwaltung beantwortet worden. Ich möchte nur grundsätzlich zur Beantwortung durch die Verwaltung Stellung nehmen und bitte meine Antwort zum Protokoll zu nehmen.

Eigentlich werden Straßen, Geh- und Radfahrwege im UBFA und im PLA die Planungen beraten und beschlossen. Aber da der BusinessPark beim HFA angesiedelt ist, muss hier auch über Bauleistungen und Alternativen diskutiert werden. Wer hat die technische Begleitung der Planung und Ausführung noch begleitet oder hat das die Verwaltung übernommen?

Wie die Verwaltung mitteilt, soll künftig der Radweg durch den alten Werkhafen geleitet werden und auf den Elbring im BusinessPark führen. Das Gefälle beläuft sich auf durchschnittlich 12 % und es sollen Schilder aufgestellt werden mit dem Aufdruck „Allgemeiner Geh- und Radweg“. Soweit die Aussage der Verwaltung.

Das kann es doch nicht sein! Die tatsächliche Steigung des Geh- und Radweges ist viel höher (das Quergefälle ist von der Verwaltung nicht angegeben da es nur 4 % sein darf) und hier führen zwei Fahrradwege entlang, der „Internationale Fahrradweg“ und der „Nordsee-Radweg“. Der Straßenbelag ist m. E. völlig ungeeignet für diese Steigung sowohl für Radfahrer als auch für Fußgänger. Fußgänger können insbesondere bei Regen die Straße nur schwer benutzen wegen der Rutschgefahr.

Im BusinessPark sollen einmal hunderte von Menschen arbeiten. Schöne Büroräume mit Elbblick. Nur Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung haben keinen Zugang zum ehemaligen Hafengelände.

Nach der DIN 18040-3 gibt es auch andere Möglichkeiten um eine Barrierefreiheit zu erreichen. Es gibt natürlich alternative Maßnahmen zur Höhenüberwindung. Die gesamte Straße ist eine Fehlplanung.

Und dann noch die Wiederherstellungskosten für die Straße in diesem Jahr. Die Verwaltung führt an: Der Schaden ist den unglücklichen Wetterereignissen geschuldet. Ich glaube, die Schäden sind noch innerhalb von 6 Monaten nach Fertigstellung der Straße entstanden. Hat die Verwaltung keine Gewährleistungen mit den Auftragnehmern vereinbart oder ist das nicht üblich?

Bezüglich des Trampelweges parallel zum Zaun des Kraftwerks hoffe ich, dass dieser barrierefrei ausgeführt wird, damit alle Menschen ihn benutzen können und nicht ein Schild „Für Menschen mit Mobilitätsbehinderung gesperrt“, aufgestellt werden.“

9.3 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

9.4 Öffentliche Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. In nichtöffentlicher Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich Frau Drewes bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:50 Uhr.

Vorsitz:

Protokollführung:

Gez. Angela Drewes

Gez. Niklas Viehmann

